



LANDTAG
29. WAHLPERIODE

DRUCKSACHE 29 / 08
06. Dezember 2024

Bezahlung der Krankenkassen für die Ambulant Psychiatrische Pflege (APP) erhöhen

Beschlussvorschlag des Landesverbandes Psychiatrie-Erfahrener Bremen e.V. (LVPE, Arbeitskreis APP)

Die Bürgerschaft behinderter Menschen stellt fest:

Jede:r hat ein Recht auf ein gesundes Leben. Die Kommunen sind verantwortlich für das gesunde Leben aller dort Wohnenden. Die Krankenkassen und Behörden zahlen dafür. Die Kommunen wollen sparen. Zu sparen ist nur richtig, solange die Behandlungsqualität nicht sinkt.

Sparen geht auch dadurch, dass man zuhause statt in einer Klinik behandelt wird. Das heißt ambulante psychiatrische Pflege. Die Ambulant Psychiatrische Pflege (APP) ist eine günstige und unkomplizierte Pflege für Menschen mit psychischen Erkrankungen. Die Krankenkassen (die diese ambulanten Leistungen pHPK und Soziotherapie im Rahmen des SGB 5 finanzieren) wollen durch ambulante Pflege Geld sparen. Beide befürchten, dass die Kosten steigen, die Krankenkassen durch höhere Vergütungen, die Behörden durch einen erhöhten Bedarf für das Betreute Wohnen (dieses wird im Rahmen des SGB 9 durch die Behörde finanziert), wenn die APP wegfällt bzw. stark reduziert wird, so dass mehr Menschen mit psychischen Erkrankungen in die teuren Kliniken gehen.

Sehr viele Menschen mit psychischen Erkrankungen profitieren in starkem Maße von der ambulanten psychiatrischen Pflege, da diese im Lebensumfeld durchgeführt wird und somit i.d.R. nachhaltiger ist als eine teurere Behandlung in einer Klinik. Sie können zuhause wohnen bleiben und haben trotzdem eine kontinuierliche und individuelle Unterstützung.

Kommunen, Krankenkassen und Menschen mit psychischen Erkrankungen sind sich einig, dass es Patientinnen, die durch eine APP unterstützt werden, deutlich besser geht und diese viele ihrer Probleme angehen können. Zurzeit sind 200 bis 250 Menschen in Bremen in APP-Behandlung, ungefähr 350 weitere Patient:innen stehen auf der Warteliste.

Im September diesen Jahres haben die Anbieter von APP in Bremen Vergütungsverhandlungen geführt und eine Erhöhung gefordert, die Krankenkassen haben sich mit den Leistungserbringern auf einen Satz von 66,16 Euro geeinigt, die Bremer Werkgemeinschaft (BWG), einer der größten Anbieter von APP in Bremen hat

aufgrund der nicht ausreichenden Vergütung und der z. Teil schwierigen Rahmenbedingungen den APP Vertrag zum 31.12.2024 gekündigt.

Um die 170 Menschen fallen dann aus der laufenden Behandlung. Auch die 200 bis 250 Menschen, die auf die Behandlung warten, werden sie nicht bekommen können. Es wird also eine Behandlungslücke von 370 bis 420 Menschen geben.

Die Krankenkassen wollen in Bremen für die APP 66,16 € pro Behandlungsstunde zahlen. Das Geld ist zu wenig für den Lohn der APP-Mitarbeiter:innen, also für die Pflege- und Pflege- Fachkräfte, auch für die Fahrtkosten zu den Menschen mit psychischen Erkrankungen, für Computer, für vieles mehr fehlt Geld.

In Niedersachsen, im Bundesland rund um Bremen, zahlen die Krankenkassen um die 80 € pro Behandlungsstunde, also etwa 14 € mehr. Das zeigt, dass die Behandlungskosten höher sind, als die Krankenkassen in Bremen ausgeben wollen. In Niedersachsen scheint den Krankenkassen eine gute Behandlungsversorgung wichtiger zu sein als in Bremen. Die Bremer Krankenkassen sparen zum Nachteil der APP-Anbieter und ihrem Personal. Am meisten leiden die Menschen mit psychischen Erkrankungen.

Bei Krankheit darf man nicht so sparen, dass Menschen zu Schaden kommen. Sparen ist gut, wenn es für alle von Vorteil ist. Mit APP kann man sehr viel Geld sparen, weil man weniger teure Klinikplätze braucht. Aber man darf nicht an der Qualität von APP sparen.

Die 29. Bürgerschaft behinderter Menschen fordert daher

- ... die Krankenkassen auf, die APP mit genügend Geld zu finanzieren, mindestens so hoch wie in Niedersachsen. Außerdem fordern wir, mehr APP-Plätze zu schaffen, damit die 200 bis 250 Wartenden schnell behandelt werden können.
- ... die Senatorin für Gesundheit auf, die Krankenkassen von der besseren Bezahlung der APP-Dienste zu überzeugen. Das tut sie bisher nicht. Sie sagt, nur Krankenkassen und APP-Anbieter müssen die Preise verhandeln. Die Kommune Bremen muss verstehen, dass sie handeln muss, denn sie hat die Verantwortung für gesundes Leben und gute Behandlungsangebote vor Ort. Wenn sie nichts unternimmt, fordern wir von der Kommune Bremen den umfangreichen Ausbau von teuren Klinikbehandlungsplätzen. Denn entweder müssen die Menschen mit psychischen Erkrankungen in die Kliniken der Kommune oder in der APP behandelt werden.

Für die Fraktion: Oliver Barth und Heiko Schwarting